



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/XII/113 - 17.5.1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Kulminationspunkt des Rüstungswettlaufs erreicht?	S. 1
Peruanische Sozialisten - Anwalt der Indios	S. 3
Grossbritannien - dritte Atomgrossmacht	S. 4a
Die CDU vor zehn Jahren	S. 5
Zu Wilhelm Kaisers 70. Geburtstag	S. 8

Entspannungspolitik und ihre Hintergründe

Von unserem diplomatischen KB.-Mitarbeiter

Die Spekulationen über eine mögliche Annäherung des amerikanischen und russischen Standpunktes bei den zur Zeit in London stattfindenden Rüstungsverhandlungen reissen nicht ab. Das ist auch nicht verwunderlich, zumal jetzt langsam in diplomatischen Kreisen die Hintergründe bekannt werden, auf denen sich die verschiedenen Planungen zu einem Abstoppen des Rüstungswettlaufs zwischen den USA und der UdSSR abzeichnen.

In den Vereinigten Staaten drängen die Kreise der Grossindustrie, die Eisenhowers Wiederwahl zum Präsidenten stark gefördert haben, heftig auf eine Entspannungspolitik. Die militärischen Planungen auf der Grundlage der Konzeption des Aussenministers Dulles beginnen so ungeschauerlich kostspielig zu werden, dass man sogar in den USA ernste Bedenken über die weitere wirtschaftliche Entwicklung hegt. Zudem hat die Verlagerung innerhalb der Rüstungsproduktion von den "Korpsartillerie"-Waffen auf die atomare Bewaffnung dazu geführt, dass das "klassische" Rüstungsgeschäft, wie es noch im zweiten Weltkrieg für die Grossindustrie gegeben war, heute nicht mehr so interessant ist wie damals. Ein erheblicher Teil der Rüstungsplanungen und der direkten Rüstungsproduktion verlagert sich heute schon in Laboratorien und technischen Versuchsanstalten und nicht mehr, wie in früheren Zeiten, fast ausschliesslich in der stahlverarbeitenden Industrie.

Das Gros der amerikanischen Schwer- und Mittel-Industrie ist daher gezwungen, entweder die Ausweitung des Inlandmarktes zu fordern, oder aber eine Aussenpolitik zu befürworten, die neue Exportmöglichkeiten sichert. Diejenigen Kreise, die diese Politik befürworten, bedürften keineswegs eine Verminderung der Verteidigungskraft der Vereinigten Staaten, weil diese ja durch die immer weiter vorangetriebene Entwicklung ferngesteuerter atomarer Raketenwaffen nach den Aussagen der Militärs gewährleistet zu sein scheint.

Wenn Eisenhower also seine Freunde, die ihn einst auf den Schild hoben, zufriedenstellen will, muss er - so sagt man es auch heute schon unverbürgt in Washington - die Tendenzen zur Entspannung der Weltpolitik fördern. In diesem Zusammenhang wird in diplomatischen Kreisen besonders

17.5.1957

auf jenen Teil der Rundfunk-Estatrede des Präsidenten vom vergangenen Mittwoch hingewiesen, in der Eisenhower deutlich genug sagte, die Ausgaben für militärische Zwecke könnten nur gesenkt werden, wenn eine neue Politik der Entspannung möglich werde. Der Präsident hat damit das Rollen seiner nächsten Umgebung besänftigen wollen, das in den Vereinigten Staaten immer stärker gegen die Politik des Außenministers alles bemerkbar wird.

Die andere Seite - die Sowjetunion - sucht ebenfalls aus wirtschaftlichen Überlegungen Ansätze zu einer Politik der Entspannung. Es mag sein, dass bei den Sowjets auch die von ihnen selbst nicht bestrittene Tatsache eine Rolle spielen mag, dass immer die Vereinigten Staaten geschwächt wahrscheinlich in der atomaren Rüstung überlegen sind. Alle Anstrengungen Moskaus, diese Überlegenheit der Vereinigten Staaten durch ein gesteigertes Tempo der Rüstungsproduktion auszugleichen, scheinen zu der Einsicht geführt zu haben, dass ein grundlegender Wandel in der sowjetischen Wirtschaft herbeigeführt werden muss, um das erstrebte Ziel der Rüstungsgleichheit erreichen zu können. Eine grossangelegte Programmwelle zur Dezentralisierung der Wirtschaft ist in der Sowjetunion angelaufen. Gleichzeitig hat man aber auch von den Wissenschaftlern ein gesteigertes Tempo bei der Durchführung aller atomaren Waffenversuche befördert. Genaue Kenntnis der Sowjetunion bezweifeln, dass es möglich sein könnte, das gewünschte Ziel der Rüstungsgleichheit mit den USA kurzfristig zu erreichen. Dasselbe Misstrauen folgern daraus, dass die sowjetische Staatsführung klug genug ist, um von sich aus ebenfalls den amerikanischen Entspannungsbedürfnis entgegenzukommen.

Es gibt eine interessante Version über die Absichten der sowjetischen Politik, die besagt, dass Moskau neuerdings den Handel zwischen China und den Vereinigten Staaten fördern würde, um sich selbst auf diese Weise von industriellen Lieferungsverpflichtungen an China zu befreien. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die sowjetische Industrie in den letzten Jahren nahezu nach China geliefert hat, was sie selbst für sich hätten notwendiger brauchen können.

Natürlich bleibt die Frage offen, in welcher Form die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihr ganz offensichtlich bestehendes Gegenwärtiges Interesse an einer Entspannung befriedigen können. Bewusst sind die beide Seiten, dass die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs sehr bald zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen führen, dass die Nervosität der Atmosphäre des Kalten Krieges sich steigern könnte und dass die Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkrieges mit atomaren Waffen immer grösser werden würde. Die Folge davon wäre, - so wird in diplomatischen Kreisen Moskaus wie auch Washingtons gleichermaßen zugegeben - nicht etwa die Ausschaltung des einen oder anderen Kriegführenden, sondern die sichere Vernichtung beider. Dieses Bewusstsein, ergänzt durch die mehr innerpolitischen Überlegungen, sowohl der Vereinigten Staaten wie auch der Sowjetunion, bildet das verständigt Motivat auf der Ebene sowohl der Vereinten Nationen, als auch auf der von diplomatischen Einzelgesprächen.

Man ist beiderseits bemüht, mit dem Vorbringen einer ganzen Reihe von Plänen "am Mann", d.h. am Verhandlungstisch, zu bleiben. Keine der beiden Seiten scheint im Augenblick bereit zu sein, eine der im Kalten Krieg errungenen Positionen aufzugeben. Und doch gehen beide Seiten zu, dass der Kulminationspunkt des nach dem Koreakrieg entstandenen Rüstungswettlauf erreicht ist.

Bodenreform im Vordergrund

Von unserem Korrespondenten für Lateinamerika

Lima, Anfang Mai

Die ehemaligen spanischen Kolonien sind selbständige Nationen geworden. Ein Spanier, der heute aus Madrid oder selbst aus Barcelona nach Lima kommt, müsste zugeben, dass die einstige Kolonie das Mutterland eingeholt und übertroffen hat. Davon zeugen Wolkenkratzer, wie sie keine europäische Großstadt zu bieten hat. In der Bannmeile von Lima, wo einstens Negersklaven in den Baumwollplantagen ihre traurigen Lieder sangen, steht heute eine moderne Fabrik neben der anderen.

Aber mitten im Großstadttreiben der Plaza San Martin, auf der in ununterbrochener Reihe nordamerikanische Strassenkreuzer in höllischen Tempo vorbeirasen, wenn sie nicht von Rot der Verkehrsampeln gestoppt werden, hocken auf den Verkehrsinseln anachronische Gestalten: Indianerfrauen in grellen, weiten Faltenröcken und bunten Blusen, Praline-Hüte auf dem Kopf und auf dem Rücken im verschürzten Bündel die Gua-gua, das Baby. Ihnen zur Seite, nicht weniger schmuckvoll gekleidet, die Männer, in buntfarbene Phocos gehüllt. Männlein wie Weiblein kauen ihre Kakaoblätter, deren Saft sie von Zeit zu Zeit ausspeien. Wie vorweltliche Überbleibsel starren sie in die Welt. So ist dieses ganze Land voller Gegensätze. Das weite Innere mit seinen Plantagen und seinen Bergwerken in schwindelnder Andenhöhe birgt Millionen rechtloser Indios, an die der Befreier Simon Bolivar gedacht haben könnte, als er in seiner Sterbestunde sagte: "Ich habe das Meer gepflügt."

Oft nicht einmal der spanischen Landessprache mächtig, des Lesens und Schreibens unkundig, sind sie willfährige Ausbeutungsobjekte des Ausbeuters und Spekulanten, der sie oft in garraezu mittelalterlicher Rechtlosigkeit gefangen hält. Für sie bedeutete der Befreiungskrieg Bolivars nichts als einen Wechsel des Sklavenhalters. Die Befreiung dieser Millionen rechtloser Indios ist das vornehmste Ziel der Partido Socialista del Peru, der Sozialistischen Partei Perus, die nach acht schweren Jahren des Verbots und der Verfolgungen, die ihre Führer größtenteils auf der Teufelsinsel Fronton und in den Zuchthauszellen des Panoptico verbrachten, wiedererstande ist.

Nicht zuletzt der Tätigkeit einer Schicht meist jugendlicher

Idealisten, die sich unter den harten Bedingungen der Illegalität heranbildeten, ist es zu danken, dass die blutige Diktatur des Generals Odria, die seit 1948 das Land beherrschte, 1956 zu Fall kam. Bei den Wahlen, in denen der jetzige konservative Präsident Prado gewählt wurde, konnte die Sozialistische Partei trotz Belagerungszustand 12 Abgeordnetensitze erzielen, die ihr aber infolge eines konservativen Manövers nicht anerkannt wurden. Darum vertritt zur Zeit nur ein sozialistischer Abgeordneter, Manuel Saavedra, seine Partei im Parlament. Das Hauptaktionsgebiet der peruanischen Sozialisten liegt draussen im weiten Land, bei den Landarbeitern der Baumwoll-, Zucker- und Reisplantagen, die 35 % der Bevölkerung ausmachen. Allerdings auch bei den 380 000 Arbeitern und Angestellten der noch jungen Industrie. Die Agrarreform nimmt lementsprechend den ersten Platz in den Programmforderungen der Partei ein. Die Parole der Landreform findet unter der indianischen Landbevölkerung ein starkes Echo. Es dürfte damit zusammenhängen, dass noch heute zahlreiche Stämme den Gemeinbesitz der Erde kennen, wie er in der Zeit des Inca-Reiches üblich war. Hinzu kommt, dass andere lateinamerikanische Länder wie Mexico und in jüngster Zeit Bolivien eine teilweise Bodenreform mit Erfolg durchgeführt haben.

Auf sozialpolitischem Gebiet richtet sich der Kampf der peruanischen Sozialisten und Gewerkschaften insbesondere gegen einen Gesetzesvorschlag, der den Staatsbeamten verbieten will, sich gewerkschaftlich zu organisieren, den Angestellten vorschreibt, sich unabhängig von den Arbeitern zusammenzuschliessen und der für alle Syndikate eine behördliche Kontrolle vorsieht. Insbesondere will sich das Arbeitsministerium das Recht vorbehalten, Gewerkschaften als solche anzuerkennen und ihre Tätigkeit von dieser Erlaubnis abhängig zu machen, ein Prinzip, das mit der Demokratie unvereinbar ist.

Die politische Arbeit der peruanischen Sozialisten vollzieht sich auch unter den gegenwärtigen demokratischen Verhältnissen unter besonders schwierigen Bedingungen. Die praktische ökonomische Situation, die gekennzeichnet wird durch eine ständige Teuerung der Lebenshaltung und eine freie Marktwirtschaft, die nur dem Interesse der Starken dient, sind weitere Kennzeichen der Lage. Die Erziehungsarbeit an den 7 1/2 Millionen Einwohnern, von denen die meisten Indios sind, ist das vornehmste Ziel der Sozialisten, die wissen, dass sie von unten beginnen müssen. Seit 30 Jahren hat es in Peru keine Gemeindewahlen gegeben. Die Stadtparlamente wurden kurzerhand von Abgeordneten der Regierungspartei oder den Behörden selbst ernannt. Erst in den Keimzellen der Demokratie, die die Gemeinden sind, muss die Führung herangebildet werden, die später einmal fähig sein wird, die Geschicke des Landes in eigene Regie zu nehmen. Daher ist die Forderung nach Gemeindewahlen auf Grund des Verhältnismahlrechts eine weitere, dringende Forderung der peruanischen Sozialisten.

Ein Grund zur Genugtuung?

Der - Mit unverhohlener Genugtuung vernahm ein Grossteil der britischen Presse die Kunde von der endlich durchgeführten und gelungenen Versuchsexplosion der britischen Wasserstoffbombe über den Weihnachtsinseln im Pazifik. Die Freude, nun auch zu den Atomächtern zu gehören, schwingt in den Überschriften und Kommentaren mit. Nun könne endlich, schreibt der konservative "Daily Mail" die britische Regierung von einer Position der Stärke und nicht der Schwäche, "wenn sie will", für ein Verbot künftiger Experimente mit Wasserstoffbomben eintreten. Worldäufig wird sie es allerdings nicht tun. Unbeachtet aller Warnungen und unbeachtet aller Proteste gerade aus asiatischen Ländern soll zunächst die Versuchsserie weitergehen.

In diesem Zusammenhang ist es für den deutschen Leser interessant zu erfahren, dass die Deutsche Bundesregierung die Bitte des deutschen Bundestages um vorläufige Einstellung der Kernwaffenversuche an die beteiligten Regierungen nicht weitergegeben hat. Auf eine Anfrage im Unterhaus sagte der britische Premier Macmillan, er habe keinerlei Mitteilung in diesem Sinne erhalten. Wozu sind denn Beschlüsse des Bundestages überhaupt noch da? Hat die Bundesregierung eine Scheu davor, sich in die weltweiten Bemühungen um ein Aufhören dieses Wahnsinns einzuschalten? Scheut sie etwa die Gesellschaft Japans oder eines Scharu?

Es wird sich noch erweisen, ob Grossbritannien wirklich wieder den Rang einer Grossmacht durch den Besitz von Wasserstoffbomben zurückgewonnen hat. Es mag schon sein, dass heute in der Weltpolitik nur der Reicht und Gewicht hat, der in der Lage ist, den potentiellen Gegner mit der totalen Vernichtung zu drohen. Dann gilt dies, zu Ende gedacht, freilich auch für alle Völker der Erde. Die Hauptmotiv für Grossbritannien, sozusagen für den Eigengebrauch die kostspieligen A- und H-Bomben zu produzieren, war das Bestreben nach Unabhängigkeit von amerikanischer Bevormundung und die Niedargewinnung einer unabhängigen Position. Damit haben die Briten ein gefährliches Stichwort, welches Volk will nicht unabhängig sein? Die Nationalisten aller Schattierungen und aller Völker werden nun unter Berufung auf das britische Beispiel ihrer Völker zurückzugewinnen oder sie damit zu sichern. Welche moralische Legitimation hat denn Grossbritannien noch, den anderen zu verwehren, was es selbst besitzt um für die eigene Sicherheit als unerlässlich betrachtet?

Die britische Atomexplosion auf den Weihnachtsinseln kann der Beginn des Wettlaufes mit der atomaren Aufrüstung im Altmasstab sein. Wer könnte sich denn noch als Gross- und Weltmacht behaupten, wenn dann viele Regierungen und es gibt in dieser Welt auch schlechte Regierungen in der Lage sind, durch den Druck auf einen Knopf die Welt in ein Chaos zu stürzen? Die Briten können Genugtuung darüber empfinden, dass sie es nun auch geschafft haben; für die Welt ist es eher ein Anlass zur Trauer, sicherlich aber wird diese Explosion auf dem Weihnachtsinseln nicht dazu beitragen, die Gefühle asiens für den weissen Kern freundlicher zu stimmen. Die Asiaten haben zunächst unter diesen Versuchen am meisten zu leiden.

Unzerstörbare Einheit des politischen Willens?

"Es mag der Welt klar geworden sein, dass die CDU eine unzerstörbare Einheit des politischen Willens darstellt, und dass der unbestrittene Führer dieser Einheit Konrad Adenauer ist".

MS. So könnte jedes CDU-fromme Blatt ihren Bericht vom Hamburger Parteitag 1957 beschliessen. Jener angeblichen Gewissenerforschung angeblich christlicher Politiker. Aber wir entnahmen unser Zitat dem "Politischen Mitteilungsblatt der CDU" vom März 1947, einem Bericht über die Tagung der Sozialausschüsse der CDU in Herne, am 20. und 21. Februar 1947, also unmittelbar nach der Verabschiedung des "Ahlener Programms" der CDU. Zehn Jahre später hiess es nun in Hamburg: "Das Ahlener Programm war ein Programm, dazu ausersehen, den Sozialismus zu verkümmern" (!)

Ganz anders sprach der "unbestrittene Führer" auf der Herner Tagung vor zehn Jahren zu den Werktätigen von Rhein und Ruhr; auch damals standen Wahlen vor der Tür, die ersten Landtagswahlen in der Britischen Zone. Die "christlichen" Politiker üb ruckelten sich, dem Arbeitsmann ihre "christlich-sozialistische" Gesinnung (das gab es allen Ernstes damals!) unter Beweis zu stellen, wenigstens in Wort und Schrift. Folglich las man in dem oben zitierten Bericht von der Tagung in Herne:

"Jakob Kaiser bezeichnete die Haltung der Union in der Ostzone als radikal-sozial. Nun radikal-sozial ist auch die CDU in der Westzone und im Süden unseres Vaterlandes... Das beweist das Ahlener Programm, zu dessen Inhalt sich die Herner Vertreterversammlung der Sozialausschüsse vorbehaltlos bekannt hat".

Was hatte Jakob Kaiser im Februar 1946 den Berliner Arbeitern bei der ersten Kundgebung der Einheitswerkstatt zugerufen? Er sagte:

"Wir tun jetzt die ersten Schritte auf dem Wege zur (gewerkschaftlichen) Einheit. Um sie sicher zu tun und zur Vollendung zu kommen, muss Klarheit bestehen, was für uns gewerkschaftliche Einheit bedeutet: sie bedeutet uns, der christlichen Arbeiterschaft das Bekenntnis zum entschlossenen Willen, an der sozialistischen Gestaltung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung Schulter an Schulter mit euch zu arbeiten".

Was schrieb der heutige Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Albers in einer CDU-Sozialisierungsplan, den er am 1. Mai 1946 als Druckschrift in Arbeiterkreisen verbreitete? Er schrieb:

"Durch die Demokratie ist ein neues sozialistisches Besitzrecht zu schaffen, welches die dazu reifen Betriebe, Bergwerke, Werke der Energiewirtschaft, der Chemie, Gross-Eisenunternehmungen, Banken, Versicherungen, Schifffahrt, sowie die grossen Verkehrsunternehmen in den Gemeinbesitz überführt, beziehungsweise unter

17.5.1957

öffentliche Kontrolle stellt...

Das neue positive Rechtsprinzip im christlichen Sozialismus führt zur Ordnung des Rechts, das auf Arbeit beruht, gegenüber dem Recht, das auf Besitz beruht".

Und im Süden unseres Vaterlandes verteilte die CDU ein Flugblatt, das die Unterschrift unseres heutigen Bundesaußenministers, Dr. v. Brentano, trägt, in dem es heisst:

"Wir wissen, dass die unorganisierte, auf Willkür und weitgehend auf Gewalt aufgebaute Wirtschaftsordnung, die nun bei uns in Trümmern liegt, nicht den Geboten Gottes und den Anforderungen eines geordneten Lebens entspricht. Es liegt im Zuge der Entwicklung, weil es notwendig ist, unsere Wirtschaft in geplanter Lenkung aufzubauen."

Und also stimmte die CDU, - einschliesslich Dr. v. Brentano - für die Sozialisierungsbestimmungen der Hessischen Verfassung. Freilich, damals hiess es in den "Frankfurter Leitsätzen" der CDU, denen Dr. v. Brentano ebenfalls zustimmte, auch noch:

"Selbstverständlich wollen wir, dass aus dem Leben der Gemeinschaft jede Art von militärischer oder vormilitärischer Erziehung ausgeschlossen bleibe".

Der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, bezeichnete die von der CDU angestrebte Sozialisierung - auf der Herne Tagung 1947 - als "Einleitung einer neuen Wirtschaftsentwicklung", deren Ziel "die Unterordnung der Wirtschaft unter das Wohl der Volksgesamtheit" sei.

Diesen vielfältigen Drängen der CDU zu einer wirklichen gesellschaftlichen Neuordnung, die damals - vor zehn Jahren - die Partei offensichtlich noch beherrschte, stand allerdings ein Mann fremd, ja feindlich gegenüber; damals schon: Dr. Konrad Adenauer; aber er allein. Nichtsdestoweniger wünschte auch er - vor den Landtagswahlen - ein "zugkräftiges" Programm, um den Trend der potentiellen CDU-Wähler an Rhein und Ruhr in die SPD abzufangen. Darum entschloss er sich, jenem Programm zuzustimmen, das, auf Drängen der Gewerkschaftsvertreter, die Überführung der Grossbetriebe in Gemeineigentum und sogar die Verstaatlichung von Kohle und Eisen forderte. Das begrüsst die Arbeiter auf der Tagung in Herne mit grosser Freude. Sie vertrauten selbstverständlich auf "die unzerstörbare Einheit" dieses politischen Willens der CDU. Das kam in ihrer Entschliessung sehr klar zum Ausdruck. Nicht den Sozialismus wollten die Väter des Programms von Adenauer verhindern, - wenn man die

Sachverhalte nicht kurzerhand auf den Kopf stellt, - sondern, wie es in dem Programm selbst und in der Herne Entschliessung heisst: "das kapitalistische Wirtschaftssystem", weil es "den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist". Das hatte auch Dr. Adenauer in Herne versichert.

Und nun fragen wir wiederum: Ist die CDU wirklich eine "unzerstörbare Einheit des politischen Willens"? Vielleicht des politischen Willens ihres "unbestrittenen Führers" Konrad Adenauer. Aber was wird morgen die CDU sein?

* * *

Bedauerliche Absage

sp- Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München hat sich durch ihre Vortragszyklen über zeitgenössische Fragen einen hohen Standort im geistigen Leben der Bundesrepublik erworben. Gelehrte, Politiker und Publizisten, deren Namen einen guten Klang besitzen, kamen hier zu Wort; erinnert sei an die Vortragsreihen: "Das Weltbild unserer Zeit", "Die Weltmacht Atom" und "Die Automation". Zweck dieser Veranstaltungen ist es, in möglichster Objektivität und Leidenschaftslosigkeit der richtigen politischen Erkenntnis zu dienen, über die Parteigrenzen hinaus geistiges Material zu sammeln und zu verarbeiten.

Zu den jetzt abgehaltenen fünf Vorträgen über "Christlicher Glaube und politische Entscheidung" sollten je zwei Angehörige der katholischen und evangelischen Konfession sprechen, wobei von den Veranstaltern an die Vortragenden die Bitte herangetragen wurde, ihre eigenen Auffassungen ohne Rücksicht auf politisch Andersgesinnte darzulegen, weil nur so Wege zu echter Befriedung oder zur gegenseitigen Achtung gefunden werden können. Für das Thema "Der mündige Laie" war der katholische Theologe Marcel Reading vorgesehen. Leider erhob dagegen der Generalvikar vom Erzbischöflichen Ordinariat München mit der Begründung Einspruch, diese Vortragsreihe diene der "Bekämpfung der katholischen Kriche". Reading sagt ab. An seiner Stelle sprach dann der bekannte französische katholische Publizist Joseph Rovin. Rovin ist Mitarbeiter hervorragender katholischer Zeitschriften, insbesondere der Zeitschrift "L'Esprit"; gewiss wird ihm von den französischen Katholiken niemand daraus den Vorwurf machen, er habe durch seine Mitwirkung an dieser Vortragsreihe dem Katholizismus geschadet.

Wilhelm Kaisen 70 Jahre

sp- Wilhelm Kaisen, Bürgermeister und Präsident der Freien Hansestadt Bremen, begeht am 22. Mai seinen 70. Geburtstag. Er wird ihn nicht "feiern", weil er - echt Kaisen! - alle Feierlichkeiten meidend, an diesem Tage auf hoher See sein wird. Wer die Absicht haben sollte, ihm ein Geschenk zu machen, ist gebeten worden, den Geldwert dieses Geschenkes der "Bremer Volkshilfe" zukommen zu lassen.

Wilhelm Kaisen ist zeit seines Lebens der einfache Mann geblieben, aus dem Volke kommend und dem Volke dienend. In diesem Manne verbinden sich Klugheit und bescheidenes Wesen, nimmer ermüdende Arbeitskraft und Zuverlässigkeit mit dem Blick für staatspolitische Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft. Er stammt aus einer kinderreichen Hamburger Maurerfamilie und hat einen schweren Lebensweg hinter sich. Als 25jähriger Arbeiter fand er den Weg zur Sozialdemokratie, die sein politisches Bewusstsein formte, und von der er die entscheidenden Impulse für sein Handeln empfing. Seine natürliche Begabung und Aufgeschlossenheit sicherten ihm bald in der Arbeiterbewegung einen führenden Platz. Schon als 40-Jähriger stellte ihn die Bremer als Senator an die Spitze des Wohlfahrtswesens der Freien Hansestadt. 1933 wurde auch er von den damaligen Machthabern aus seinem Amte entfernt. Er widmete sich danach ganz seiner bürgerlichen Siedlungsgstelle am Stadtrand Bremens, wo er heute noch wohnt und auch jetzt noch stolz darauf ist, einen grossen Teil der Siedlerarbeiten selbst verrichten zu können. Wer ausser Wilhelm Kaisen wäre berufen gewesen, sofort nach 1945 wieder die Verantwortung für die Stadt Bremen zu übernehmen? Von Wahl zu Wahl brachten ihm, dem Sozialdemokraten, die Bürger Bremens ein immer grösseres Vertrauen entgegen, und im Jahre 1955 erreichte die Sozialdemokratische Partei mit Wilhelm Kaisen an der Spitze zum ersten Mal die absolute Mehrheit. Obwohl er die Möglichkeit gehabt hätte, eine Einparteien-Regierung zu bilden, zog Wilhelm Kaisen auch die im Wahlkampf Unterlegenen zur Mitarbeit heran.

Die Freie Hansestadt Bremen verdankt Wilhelm Kaisen und seiner unermüdeten Regierungstätigkeit sehr viel. Das Aufblühen der Industrie nach dem Zusammenbruch, der soziale Wohnungsbau und alle in der ganzen Welt als musterergütig anerkannten sozialen Einrichtungen Bremens sind mit seinem Namen verbunden. Aber nicht nur für seinen Stadtstaat wirkte dieser Mann; er war auch einer der ersten deutschen Politiker, die nach dem Kriege im Ausland mit Erfolg um Vertrauen für die junge deutsche Demokratie warben.

Viele Glückwünsche, an erster Stelle der Dank und die Anerkennung seiner politischen Freunde, werden Wilhelm Kaisen an seinem Geburtstag die freudige Gewissheit geben, dass sein Lebenswerk beispielhaft ist und anerkannt wird. Er selbst, das wissen wir, wird diese Glückwünsche mit der ihm eigenen Bescheidenheit entgegennehmen und sicher zu seinen Freunden sagen: "Was wollt Ihr eigentlich, ich habe doch nur meine Pflicht getan."

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel